

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

11. März 1957

64/A.B.

zu 7/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Zu einer von Abgeordneten der FPÖ eingebrachten Anfrage an die Bundesregierung teilt Bundeskanzler Ing. R a a b folgendes mit:

"Die Abgeordneten zum Nationalrat Kandutsch, Pfeifer und Genossen haben am 4. Juli 1956 an die Bundesregierung eine Anfrage, betreffend die Schaffung eines modernen Arbeitszeitgesetzes, gerichtet.

Hiezu beehre ich mich mitzuteilen, dass ich mangels übereinstimmender Auffassung der Bundesregierung von der Beantwortung der gegenständlichen Anfrage absehe."

-.-.-

(Über die Beantwortung von Anfragen an Mitglieder der Bundesregierung besagt § 65 C der Geschäftsordnung des Nationalrates: "Der Befragte kann mündlich oder schriftlich Antwort geben oder die Beantwortung mit Angabe der Gründe ablehnen.")

-.-.-.-.-